



## Haushaltsrede 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

den Worten meiner Vorredner kann ich mich nur anschließen.

Die finanzielle Lage unserer Stadt ist desolat, und dabei ist Kamen im Vergleich zu anderen Kommunen durch die teils schmerzhaften Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre noch relativ gut aufgestellt.

Einen Verlust von über 11 Millionen Euro kann niemand schön reden und eine neuerliche Kreditaufnahme von 6 Millionen Euro wird niemand leichtfertig beschließen. Aber haben wir eine andere Chance? Wir müssen auf das 'Prinzip Hoffnung' setzen. Wir müssen davon ausgehen, dass endlich die dringend notwendige Gemeindefinanzreform auf den Weg gebracht wird. Wir müssen von einer konjunkturellen Erholung ausgehen, die unsere Kassen entlastet. Wenn wir schwarz sehen, wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen, geben wir Einrichtungen auf, die für eine lebendige Kommune unverzichtbar sind. 'Leben und mehr' lautet der neue Slogan unserer Stadt. Dieses 'Mehr' können wir nur erhalten, wenn wir die städtischen Ausgaben eben nicht nur auf das gesetzlich Vorgeschriebene reduzieren.

Wir, die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN werden diesen Haushalt mittragen, obwohl wir an einigen Stellen durchaus andere Vorstellungen haben als sie im Haushaltsplan dargestellt sind.

Lassen Sie mich die Überlegungen unserer Fraktion erläutern.

Wir befinden uns im Jahre 2 des NKF-Haushaltes. Einige Fragen aus dem letzten Jahr haben sich mittlerweile geklärt, die Produkt- und Zielbeschreibungen wurden den Forderungen des Rates folgend in Ansätzen entwickelt und können nun in den Fachbereichen diskutiert werden. In den meisten Bereichen wurden Kenn- und Messzahlen eingeführt. In den meisten Bereichen, in einigen Produkten wird lediglich angekündigt, für den Haushalt 2007 die Zahlen aufzubereiten. Im letzten Jahr konnten diese Zahlen noch nicht vorliegen, sie sollten aber im Laufe des Jahres 2005 entwickelt werden. Das wurde uns zugesagt! Nun müssen wir feststellen, dass in einem Fachdezernat die Hausaufgaben nicht oder nicht vollständig erledigt wurden! Die Politik, wir, müssen darauf bestehen, dass uns die Grundlagen für eine qualifizierte Bewertung des Haushaltplanes gegeben werden. Wir fordern für die betreffenden Produkte eine umgehende Ermittlung vernünftiger Wertansätze, damit wir unserer gesetzlichen Aufgabe nachkommen können!

Dieser Haushalt musste erneut ohne Kenntnis wichtiger Eckdaten erstellt werden. Natürlich ist das nicht ideal, aber können wir tatsächlich warten, bis die Landesregierung ihren Haushalt verabschiedet hat? Bis der Kreis im Februar oder März seine Planzahlen

beschließt? Dann ist bereits ein großer Teil des Jahres 2006 unter einer vorläufigen Haushaltsführung Vergangenheit. Wir müssen unserer Verwaltung jetzt eine solide Arbeitsgrundlage geben. Natürlich bedeutet das auch, einen Vertrauensvorschuss zu leisten. Das sind wir unserem Kämmerer schuldig und bisher wurden wir noch nie enttäuscht!

Beim Produkt '**Verwaltungsführung**' wünschen wir uns als Kennzahl die Umlage der Produktkosten auf die Einwohnerzahl. Im Jahr 2004 hat der Bürgermeister 648 Gratulationen, Ehrungen oder ähnliches vorgenommen. Das ist natürlich eine wichtige Aufgabe, aber sicherlich wollen Sie, Herr Bürgermeister, sich nicht auf einen sogenannten 'Grußonkel' reduzieren lassen, sondern verstehen sich als Bürgermeister aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Das sollte sich auch in den Kenn- und Messzahlen ausdrücken.

Besonders positiv ist uns aufgefallen, dass im Bereich **Bürgerservice** eine Beteiligung am 'Vergleichsring Bürgerservice' geplant ist. Daraus ergeben sich Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Kommunen.

Desgleichen können weitere Qualitätskennzahlen ermittelt werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit können wir genau sagen, wie teuer in Kamen ein Passantrag ist. Wie lange dauert es von der Antragsstellung bis zur Aushändigung des Papiers? Und wie wirkt sich eine Personalreduzierung darauf aus? Genau diese Angaben brauchen wir in allen Bereichen unserer Stadtverwaltung. Wir müssen in Euro und Cent erkennen können, wie sich politische Entscheidungen auf die Arbeit der Verwaltung auswirken. Schließlich geht es darum, eine mögliche Verschwendung öffentlicher Mittel transparent zu machen und Einsparungen nicht auf Kosten einer leistungsfähigen Verwaltung zu beschließen.

Zum Produkt '**Kulturelle Veranstaltungen**' wären Angaben zu den Kosten je vorgehaltenem Sitzplatz sowie Kosten pro Besucher und pro Einwohner wünschenswert. Auch die Altersstruktur der Nutzer ist für uns wichtig. Die Auslastung der einzelnen Veranstaltungsreihen alleine hilft uns nicht bei der Entscheidung, wie wir mit diesem Angebot zukünftig umgehen. Vielleicht können wir durch ein etwas modifiziertes Programm auch andere Bevölkerungsgruppen ansprechen und damit ins Boot holen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, alle kulturellen Einrichtungen in einem städtischen Eigenbetrieb zusammen zu fassen, bringt wenig Einsparungen und viel Verlust an politischer Einflussnahme. Der Bereich Kultur muss durch die Auflagen aus der Sparkommission schon viele Einsparungen schultern. Einer weiteren Belastung oder gar einem 'Eigenbetrieb Kultur' werden wir nicht zustimmen.

Bezüglich der **Stadtbücherei und des Museums** brauchen wir als Kennzahl den Nutzungsgrad durch unsere Einwohner. Wenn es darum geht, die Einrichtungen an einem oder zwei Wochentagen wegen Einsparmaßnahmen zu schließen, müssen wir wissen, wie viele Bürgerinnen und Bürger wir damit treffen.

Besonders erfreut hat uns die Formulierung der Ziele im Produkt '**Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**'. Hier ist ein Weg gefunden worden, der nicht mehr unterschwellig die Abschiebung dieser Menschen zum Ziel setzt, sondern ihnen ein sozial abgesichertes Leben ermöglichen will.

Dabei dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, dass diese Leistungen keine kommunale, sondern Bundesaufgabe sind. Hier darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung stellen. Wir müssen an dieser Stelle die staatlichen Mittel einfordern.

Es herrscht ja auch Einigkeit im Kamener Rat, dass wir den betroffenen Menschen eine Perspektive und ein menschenwürdiges Leben bieten wollen.

Kaum ein Bereich ist derzeit so starken Veränderungen unterworfen wie die **Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen**. Durch die demographische Entwicklung wird es zwangsläufig zu weiteren Schließungen von Gruppen und Einrichtungen kommen. Das finanzielle Entgegenkommen an die kirchlichen Träger war der richtige Weg, um hier die Trägervielfalt in Kamen erhalten zu können.

Die Betreuung für **Kinder unter Drei** wird unserer Ansicht nach zukünftig noch stärker an Bedeutung gewinnen, wenn es denn für die Eltern finanzierbar bleibt. Höhere Elternbeiträge bei gleichzeitiger Reduzierung von Leistungen und Sachmitteln - wie von der Landesregierung gefordert - gehen in die falsche Richtung.

Von unserer Seite ein großes Kompliment an die Verwaltung im Bereich Kinder- und Jugendarbeit: Die Einrichtung des FörJu-Jugendvereins hat sich bewährt. Wir können flexibel auf aktuelle Anforderungen und Veränderungen reagieren.

Ein Schwerpunkt wurde im Bereich ambulanter Hilfen gesetzt. Das hat den Effekt, dass die Fremdunterbringung von Jugendlichen in Kamen immer seltener notwendig wird. Hier wirkt sich eine erfolgreiche präventive Intervention auch finanziell positiv aus.

Die Kreativ- und Weiterbildungsmaßnahmen im Produkt **Kinder- und Jugendarbeit** sind zu 100 % ausgelastet. Das ist ein deutliches Signal. Hier zeigt sich der große Bedarf.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von der Landesregierung angekündigten Kürzungen in diesem Bereich nicht Realität werden. Denn das bedeutet dann das Aus für viele Angebote.

Wir begrüßen ausdrücklich die Leistungen der **Sportvereine** im Bereich Jugendarbeit.

Wir wissen, dass deren qualitativ gute Arbeit durch die Beiträge der erwachsenen Mitglieder finanziert wird. Im Zuge der interfraktionellen Spargespräche haben wir auch dieses Thema diskutiert. Wir müssen hier genau beobachten, ob die Vorschläge der Sparrunde ausreichen werden. Falls der Maßnahmenkatalog nicht greift, müssen wir über eine maßvolle weitergehende Beteiligung der Sportvereine an den immensen Unterhaltungskosten der Sportflächen nachdenken.

Ein leidiges Thema, die **Kreisumlage**! Sicher ist es richtig, dass der Kreis die Kosten für die Unterbringung der ALG II-Empfänger an die Städte und Gemeinden weitergibt.

Wenn aber die Kommunen ihre freiwilligen Leistungen kürzen müssen, um die Umlage zu finanzieren, dann darf auch gefragt werden, welche Einsparpotentiale der Kreishaushalt noch hat.

Die **Parkhäuser** der Stadt müssen in den nächsten Jahren mit einem Millionenaufwand saniert werden. Hätten wir, wie unsere Fraktion es schon seit langer, langer Zeit nahezu gebetsmühlenartig eingefordert hat, gescheite Parkraumbewirtschaftung betrieben, würden diese Kosten jetzt nicht den städtischen Haushalt belasten. Wir freuen uns, dass zum Mindesten die CDU-Fraktion sich dieses ur-grüne Thema auf die Fahnen geschrieben hat. Sie beginnen darüber nachzudenken, wie zukünftig die Nutzer der Parkflächen an den immensen Kosten beteiligt werden können. Damit laufen Sie bei uns offene Türen ein, herzlich willkommen!

Leider haben Sie das nicht zu Ende gedacht. Mit Parkgebühren gerade und ausschließlich im Bahnhofsumfeld treffen sie vorwiegend die Pendler. Diese müssen, gebunden durch die Arbeitszeiten, ihre Fahrzeuge längere Zeit dort abstellen und werden durch den Wegfall der Pendlerpauschale sowieso schon belastet. Wir meinen, wenn wir schon ein Parkraumbewirtschaftungssystem einführen, dann doch bitteschön in allen städtischen Parkhäusern und in der Innenstadt.

Unser ganz besonderes Augenmerk sollte im kommenden Jahr auf dem Erhalt der Regionalstellen Frau und Beruf liegen. In diesem Jahr ist der Bestand der **KFF** noch gesichert. Glaubt man den angekündigten Plänen der neuen Landesregierung, reihen sich beratungssuchende Frauen bald in Dortmund in eine lange Schlange. Denn dort befindet sich dann die einzige Regionalstelle im Wirtschaftsraum Do/Unna/Hamm. Soweit darf es nicht kommen. Unser Motto muss heißen: "soviel Regionalstelle wie möglich für die Frauen im Kreis Unna". Deshalb müssen wir uns für den Erhalt der dezentralen Strukturen in der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit einsetzen. Jede Frau, die in einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz vermittelt werden kann, entlastet unseren Haushalt. Hier nur auf die ARGE zu setzen könnte eine Sackgasse werden!

Viele wichtige Dinge sind zukünftig nicht mehr in vollem Umfang zu finanzieren. Wir wissen, dass wir zu vielen schmerzhaften Einschnitten gezwungen werden können. Das haben wir im Zuge der interfraktionellen Spargespräche in einer offenen, vertrauensvollen Atmosphäre besprochen. Wünschenswert wäre es, wenn sich bei den nächsten Gesprächen niemand dieser großen kommunalen Herausforderung entzieht und wir alle gemeinsam an der Zukunft unserer Stadt arbeiten.

Wir glauben, dass wir in den interfraktionellen Spargesprächen auf dem sehr schmalen Grat zwischen dem Wünschenswerten und dem finanziell Möglichen einen Weg gefunden haben, der Kamen eine Zukunft als lebens- und lebenswerte Stadt ermöglicht.

Bettina Werning  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Kamen, 15.12.2005